Digitalministerkonferenz

Schleswig-Holstein fordert mehr Open Source

[19.11.2026] Schleswig-Holstein drängt auf mehr digitale Unabhängigkeit und gemeinsame europäische Standards für die Verwaltung. Auf der Digitalministerkonferenz in Brüssel setzte sich das Land insbesondere für Open-Source-Lösungen, die Absicherung kritischer IT-Systeme und die schnelle Einführung digitaler Identitäten ein.

Auf der 6. Digitalministerkonferenz (DMK) in Brüssel hat Schleswig-Holstein mehrere Initiativen zur Stärkung der digitalen Souveränität und Resilienz eingebracht. Wie das Digitalisierungsministerium in Kiel mitteilt, fordert das Land insbesondere eine stärkere Unabhängigkeit von großen Technologieanbietern und den verstärkten Einsatz offener Softwarelösungen. „Digitale Unabhängigkeit schaffen wir aber noch erfolgreicher gemeinsam auf Bundes- und EU-Ebene“, erklärte Schleswig-Holsteins Digitalisierungsminister Dirk Schrödter. Die jüngste Microsoft-Störung habe die Dringlichkeit verdeutlicht, technologische Abhängigkeiten zu reduzieren.

Open Source und Schutz kritischer IT-Systeme

Gemeinsam mit weiteren Bundesländern setzte sich Schleswig-Holstein dafür ein, öffentlich finanzierte Software grundsätzlich unter Open-Source-Lizenzen bereitzustellen. Das Prinzip „Public Money, Public Code“ soll damit stärker in der Verwaltung verankert werden. Als Beispiel für souveräne IT-Lösungen wurde der offene Verwaltungsarbeitsplatz openDesk genannt.

Für kritische IT-Systeme sollen zudem Ausstiegsstrategien sowie Konzepte zur Portabilität und Interoperabilität entwickelt werden. Schleswig-Holstein regte außerdem an, die zusätzliche Sicherung zentraler Verwaltungsregister, digitaler Identitäten und kritischer Verwaltungsprozesse an rechtlich geschützten Standorten im Ausland zu prüfen.

Europäische Standards und digitale Identitäten

Ein weiterer Schwerpunkt war die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Zielarchitektur für die digitale Verwaltung. Schleswig-Holstein drängte auf eine schnelle Einführung der europäischen digitalen Identität EUDI-Wallet zum geplanten Start am 2. Januar 2027. Auch die Umsetzung europäischer Unternehmensbrieftaschen (European Business Wallets) soll beschleunigt werden. Beim Einsatz Künstlicher Intelligenz sprach sich das Land dafür aus, europäische Alternativen zu stärken, um neue technologische und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu vermeiden.

Schleswig-Holsteins Digitalisierungsminister Schrödter zog eine positive Bilanz der Konferenz: „Das Thema digitale Souveränität ist bundesweit oben auf der Agenda angekommen – das ist in den zahlreichen Gesprächen spürbar und in den Beschlüssen sichtbar geworden.“

(al)

Stichwörter: Digitale Souveränität, Digitalministerkonferenz, Open Source, Schleswig-Holstein